

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. Gregor Gysi  
und der Gruppe der PDS**  
**— Drucksache 13/6763 —**

**Gewalt gegen Aussiedlerinnen und Aussiedler im Jahr 1996**

In zunehmendem Maße sind auch in der Bundesrepublik Deutschland lebende Aussiedlerinnen und Aussiedler von rechtsextremer und/oder fremdenfeindlicher Gewalt betroffen.

1. Welche Aktivitäten (Überfälle, Anschläge usw.) gegen Aussiedlerunterkünfte oder in der Bundesrepublik Deutschland lebende Aussiedlerinnen und Aussiedler sind der Bundesregierung im Jahr 1996 bekanntgeworden (mit der Bitte um genaue Auflistung nach Bundesländern und Straftaten)?
2. Wie viele Tatverdächtige wurden wegen solcher Übergriffe, Ausschreitungen, Überfälle usw. im Jahr 1996 festgenommen (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
3. Wie viele Ermittlungsverfahren liefen gegen Rechtsextremisten wegen der Anschläge im Jahr 1996 (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
4. In wie vielen Fällen wurde Untersuchungshaft verhängt (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
5. In wie vielen Fällen wurden die Ermittlungen eingestellt (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?
6. Wie viele Rechtsextremisten wurden im November 1996 wegen Anschlägen, Übergriffen, Zusammenrottung, Volksverhetzung usw. zu welchen Strafen verurteilt (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
7. Wie viele Personen wurden durch diese rechtsextremen Anschläge, Überfälle im Jahr 1996
  - a) leicht verletzt,
  - b) schwer verletzt,
  - c) getötet (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen keine speziellen Angaben bezüglich der Straftaten zum Nachteil von Aussiedlern für 1996 vor, weil

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 30. Januar 1997 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

diese in der Polizeikriminalstatistik nicht gesondert ausgewiesen werden.

Auf die monatlichen Kleinen Anfragen „Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland“ wird verwiesen.